

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Dr. Christian Stocker
Bundeskanzler

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.818.531

Wien, am 9. Dezember 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Hafenecker, MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 9. Oktober 2025 unter der Nr. **3631/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Russland-Sanktionen ja – aber nicht für die schwarze Raiffeisen und die pinke STRABAG“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 6, 8 bis 10 und 12:

1. *Entspricht es den Tatsachen, dass österreichische Vertreter in den laufenden EU-Verhandlungen über ein neues Sanktionspaket gegen Russland den Vorschlag eingebracht haben, eingefrorene STRABAG-Anteile freizugeben oder zugunsten der Raiffeisenbank International (RBI) zu verwerten?*
 - a. *Wenn ja, wer hat diesen Vorschlag im Namen der Republik Österreich offiziell eingebracht, und wann genau erfolgte dies?*
 - b. *Erfolgte dazu eine Abstimmung mit dem BMEIA?*
 - c. *Wurde das Bundeskanzleramt oder der Bundeskanzler vor der Einbringung dieses Vorschlags durch Vertreter der RBI, der STRABAG oder anderer betroffener Unternehmen kontaktiert oder beraten?*

- d. Hat sich Hans-Peter Haselsteiner persönlich bei Ihnen dafür eingesetzt?*
- e. Gab es Gespräche oder Lobbying-Aktivitäten durch Vertreter der RBI oder anderer Finanzakteure im Zusammenhang mit diesem Vorschlag?*
 - i. Wenn ja, wann und mit wem?*
- f. Gibt es weitere Abänderungswünsche betreffend die Russlandsanktionen, die auf EU-Ebene von Österreich eingebracht werden?*
- 2. Um welches Finanzvolumen handelt sich betreffend den Zugriff der RBI auf die in Österreich eingefrorenen, russischen STRABAG-Anteile?*
- 3. Welche Position vertreten andere EU-Mitgliedstaaten zu diesem österreichischen Vorschlag?*
- 4. Welche rechtliche Grundlage sieht das Bundeskanzleramt für eine solche Maßnahme, insbesondere im Hinblick auf die bestehenden EU-Verordnungen zu eingefrorenem russischem Vermögen?*
- 5. Waren Sie oder Ihr Kabinett in die Erarbeitung oder politische Abstimmung des österreichischen Vorschlags in Brüssel eingebunden?*
- 6. Welche Analysen oder Gutachten liegen dem Bundeskanzleramt zur möglichen sanktionsrechtlichen oder politischen Folgewirkung dieser Maßnahme vor?*
- 8. Warum hat sich das Bundeskanzleramt bisher für keine Sonderregelungen auf EU-Ebene für heimische Unternehmen in Hinblick auf die Russlandsanktionen eingesetzt?*
 - a. Falls doch, bitte um Nennung der Unternehmen und konkreter Fälle/Bereiche?*
- 9. Inwiefern ist das Vorgehen der Bundesregierung in diesem Fall mit der gemeinsamen europäischen Linie der „maximalen wirtschaftlichen und politischen Isolation Russlands“ vereinbar?*
- 10. Welche Position wird Österreich beim anstehenden EU-Gipfel Ende Oktober 2025 zu diesem Thema vertreten?*
- 12. Wurde das Finanzministerium oder die Finanzmarktaufsicht (FMA) in diese Überlegungen eingebunden?*
 - a. Wenn nein, warum nicht?*
 - b. Wenn ja, mit welchen Ergebnissen?*

Ich verweise auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 3632/J vom 9. Oktober 2025 durch die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten sowie die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 10394/J vom 25. März 2022 durch meinen Amtsvorgänger.

Zu Frage 7:

- 7. Setzen Sie sich persönlich auf EU-Ebene für eine Sonderregelung bei den Russlandsanktionen betreffend die Geschäfte der RBI in Russland ein?*
- a. Wenn ja, mit welcher Begründung?*

Es besteht weiterhin die Notwendigkeit einer Lösung zur Vermeidung doppelter Bereicherung von sanktionierten russischen Personen und Entitäten im Zuge von Schadenersatzklagen.

Zu Frage 11:

- 11. Plant die Bundesregierung, dem Nationalrat oder dem außenpolitischen Ausschuss vorab eine umfassende Information über Österreichs Haltung in den Brüsseler Sanktionsverhandlungen zu geben?*

Inhaltliche Angelegenheiten der Europäischen Diskussion werden regelmäßig in den entsprechenden parlamentarischen Ausschüssen diskutiert.

Dr. Christian Stocker

